

Die Rückkehr der Hacklerregelung: Wer davon profitiert, wer dafür zahlt

Ab 1. Jänner können Personen nach 45 Arbeitsjahren mit 62 abschlagsfrei in Pension gehen

VON ANNETTE GANTNER

WIEN. Es war ein überraschender Beschluss des Nationalrats: Am Donnerstag wurden in der Nacht, wie berichtet, die Rückkehr der Hacklerregelung und die Abschaffung der Wartefrist für die Pensionserhöhung beschlossen.

Was bedeutet die Reform für all jene, die demnächst ihre Pension antreten werden? Oder wird das Gesetz ohnehin bald wieder aufgehoben? Die OÖNachrichten bieten einen Überblick.

Wer profitiert von den Neuerungen?

Laut ersten Berechnungen sind es 6900 Personen. Die Kosten dafür liegen laut Pensionsversicherungsanstalt bei 50 Millionen Euro im ersten Jahr. Ein Wert, der in den nächsten 20 Jahren auf eine Milliarde Euro steigen soll.

Für den Einzelnen wird die durchschnittliche Langzeitversichertenpension dadurch um im Schnitt 215 Euro im Monat netto steigen, da die Abschläge von bisher 12,6 Prozent entfallen.



„Jährlich müssen 20 Milliarden Euro aus dem Budget für die Pensionen zugeschossen werden. Das ist ein Viertel des Bundesbudgets. Wir werden länger arbeiten müssen.“

■ Franz Schellhorn, Agenda Austria

Wie wirkte die frühere Hacklerpension?

2008 wurde vier Tage vor der Wahl die abschlagsfreie „Hacklerpension“ (für Frauen ab 55, Männer ab 60) beschlossen. Die Kriterien wurden 2014 wegen der hohen Kosten in Stufen stark beschränkt. Die Jahrgänge 1954 bis 1957 zählen damit zu den doppelten Verlierern. Die Bezeichnung Hacklerregelung erwies sich übrigens als irreführend. Etwa zwei Drittel der Bezieher waren damals Angestellte, Bauern oder Beamte.

Ich habe meinen Pensionsantrag bereits gestellt und trete noch heuer den Ruhestand an.



Langzeitversicherte gehen ab 2020 früher und ohne Abschläge in Pension. (APA)

DIE NEUEN SONDERREGELUNGEN FÜR DIE PENSION

■ Die neue **Hacklerregelung**: Die Abschläge von bis zu 12,6 Prozent (4,2 Prozent für Langzeitversicherte pro Jahr) entfallen. Wer 45 Jahre gearbeitet hat, kann ab 1. Jänner 2020 mit 62 Jahren ohne Abzüge in Pension gehen. Der Präsenzdienst gilt bei der neuen Hacklerregelung nicht mehr als Beitragszeit, erklärt SP-Sozialsprecher Josef Muchitsch. Kindererziehungszeiten werden hingegen mit fünf Jahren bemessen. Von der Begünstigung profitieren bis 2024 vorerst nur Männer, da Frauen ab 60 die Alterspension antreten können.

■ Ein **Beispiel**: Nach Berechnungen der Arbeiterkammer liegen die Pensionen nach 45 Arbeitsjahren im Durchschnitt bei rund

2553 Euro brutto (1956 netto). Ohne Abschläge erhöht sich der Betrag auf 2921 Euro brutto im Monat. Inklusiv der Sonderzahlungen ergeben sich 3226 Euro netto im Jahr mehr.

■ **Wartefrist**: Die Wartefrist war 2003 vom damaligen Kanzler Wolfgang Schüssel (VP) eingeführt worden. Sie sieht vor, dass die Pensionsanpassung für Neuzugänge in die Pension im ersten Jahr entfällt. Diese Regelung wurde später wieder abgeschafft, dann wieder eingeführt. Nun wird sie wieder abgeschafft: Künftig gibt es die Pensionsanpassung mit Jahresbeginn nach Pensionsantritt. Zudem wird für Nacht- und Schwerarbeiter das Sonderregelgeld abschlagsfrei.

Wie kann ich die höhere Hacklerpension erhalten?

Solange der Pensionsbescheid nicht ausgestellt ist, kann der Betreffende seinen Antrag zurückziehen. Wenn der Arbeitgeber ein Verschieben des Pensionsantritts auf 2020 nicht akzeptiert, kann der Betreffende sich für diese Monate arbeitslos melden, um ab Jänner die höhere Pension zu erhalten. Personen, die bereits ihre Pension beziehen, können nicht rückwirkend das Geld beantragen.

Ist diese Pensionsreform noch leistbar?

„Jährlich müssen 20 Milliarden Euro aus dem Budget für die Pension zugeschossen werden. Das ist ein Viertel des Bundesbudgets“, sagt Franz Schellhorn von der Agenda Austria. Im Umlagesystem kommen derzeit 1,7 Erwerbstätige für eine Pension auf, ab 2050 sind es 1,29 Erwerbstätige. Laut Agenda Austria zahlt im Schnitt eine Person 31,5 Jahre lang ins System ein und ist 23 Jahre in Pension. „Wir werden länger arbeiten müssen“, sagt Schellhorn. Er spricht sich für eine Anhebung des Pensionsalters ab sofort um schrittweise zwei Monate pro Jahr aus, bis 67 Jahre erreicht sind.

Wer hat die Pensionsänderungen beschlossen?

Im Parlament sollte in der Vorwoche die Steuerreform beschlossen werden. Die SPÖ brachte einen Abänderungsvorschlag ein, der die Neuerungen bei den Pensionen enthielt. Die FPÖ stimmte zu. In zweiter Lesung lehnte die ÖVP die Sonderregelungen ab, in dritter stimmte sie zu, da das Paket auch die Steuerreform beinhaltet. Nur die Neos stimmten nicht zu. Parlamentsexperte Werner Zögernitz kritisiert: „Bei so umfassenden Materien gibt es üblicherweise eine Begutachtungsfrist. Diese Beitrag in diesem Fall null Tage.“

Ist damit zu rechnen, dass das Gesetz noch vor dessen Inkrafttreten aufgehoben wird?

Theoretisch kann die nächste parlamentarische Mehrheit ab der Konstituierung des Nationalrats am 23. Oktober nach Verlautbarung des Gesetzes dieses auch wieder ändern. Es hängt freilich davon ab, welche Mehrheiten es nach der Wahl geben wird.

LANDHAUS
GEFLÜSTER
VON
ALEXANDER ZENS



Eisbrecher? Luger lud Stelzer zum privaten Essen

Beim Reden kommen d'Leut z'samm“, heißt es. Gespräche in nicht einfachen Zeiten führten am Wochenende auch Klaus Luger (SP) und Thomas Stelzer (VP). Der Linzer Bürgermeister und Hobby-Koch hatte den Landeshauptmann zum Essen eingeladen.

Offizielle Stellungnahmen gibt es dazu von keiner Seite. Es habe sich um ein rein privates Treffen gehandelt, wird betont. Zuletzt gab es viel Konfliktstoff und Taktiererei zwischen Stadt und Land, besonders in den Bereichen Gesundheit, Verkehr, Kultur und Transferzahlungen. Ganz ohne Politik dürfte das Essen im Hause Luger wohl auch nicht ausgekommen sein.

Das Treffen zeigt jedenfalls, dass das persönliche Verhältnis zwischen Luger und Stelzer intakt ist. Das ist wichtig, geht es in den laufenden Verhandlungen doch um viel Geld und effizientere Strukturen. Weit auseinander liegen Stadt und Land etwa noch bei den Konditionen für einen Ausstieg der Stadt beim Kepler-Umlinkum. Hier braucht es einen Eisbrecher – das private Essen könnte ein Schritt dorthin gewesen sein.



Thomas Stelzer (l.), Klaus Luger (vorne)

FPÖ: Deutsch in Schule Bedingung

LINZ. Eine schon mehrmals erhobene Forderung macht die FPÖ Oberösterreich nun zur „Bedingung für eine zukünftige Zusammenarbeit“: Deutsch auch am Pausenhof. Mit dieser Forderung hatte man bei Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) kein Gehör gefunden, auch eine Onlinepetition der FPÖ war hinter den Erwartungen zurückgeblieben. FP-Chef Manfred Haimbuchner betont aber, dass laut Umfragen eine Mehrheit dafür sei. Denn: „Ohne Regeln geht es nicht.“

Rektoren kritisieren Kurz

Die Forderung nach mehr Plätzen sei „völlig falsch“

WIEN. Die Rektoren der drei österreichischen Medizin-Universitäten halten die unter anderem von ÖVP-Spitzenkandidat Sebastian Kurz erhobene Forderung nach einer Verdoppelung der Medizin-Studiplätze für einen „völlig falschen Ansatz“. Österreich habe genügend Ärzte – die Probleme bei der ärztlichen Versorgung entstünden an anderen Stellen, hieß es bei einer Pressekonferenz am Montag.

„Es gibt ein zentrales Missverständnis von politischer Seite“, betonte der Rektor der Medizin-Universität Innsbruck, Wolfgang Fleischha-

cker. „Eine Verdoppelung der Plätze bringt keine einzige zusätzliche Landärztin ins Waldviertel oder ins Lesachtal.“ Meinhard Lukas, Rektor der Linzer JKU, sieht mehrere Herausforderungen für die Politik: „Es braucht genügend Ausbildungsplätze für Studienabsolventen, sonst wandern diese ins Ausland ab.“ Und die Rahmenbedingungen für Haus- und Kinderärzte müssten verbessert werden. Der Grazer Rektor Hellmut Samonigg sieht in der Forderung von Kurz eine Ablenkung, von „allem, was bisher versäumt wurde.“



neos.eu
NEOS, Neustiftgasse 73-75, 1070 Wien

neOS
29. September
PINK WÄHLEN!

ANSTÄNDIG
REGIEREN.

MACHT SONST KEINER

BEATE MEINL-REISINGER